

Die „Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Donnerstags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Geselle“. Der Zeitungspreis beträgt bei voller Abholung im Haus monatlich 21.— M., bei den Monats-Heften, im voraus zahlbar. Alle Bestellungen nehmen sämtliche Verleger-Veranstaltungen entgegen. Unter Streifenband bezogen in Deutschland, Italien, das Saar- und Rheinlande sowie die übrigen deutschen Gebiete 20.— M., in den übrigen Ländern 25.— M., für das übrige Ausland 25.— M.

Verkaufsstellen, Expeditionen und Verlag: Berlin O 2, Breite Straße 56/57

Die Jahrgangspost-Kontingente werden durch den Raum 4.— M., einschließlich Postgebühren. Klein-Anzeigen: Das eingedruckte Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M., einschließlich Anzeigenraum. Wichtige Anzeigen: 1.50 M., einschließlich Anzeigenraum und Stellen-Gesuche 1.50 M., wenn der Text. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: Das eingedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M.

Telefonnummer: Zentrum 152 30—152 39

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Um die Regierung Wirth

Von Artur Crispian

Gegen eine große Bewegung der Eisenbahner, die ihre tiefsten Ursachen in der wirtschaftlichen Not der Zeit hat, ging die Regierung Wirth mit Ausnahmeverordnungen vor. Es kommt hier nicht darauf an, ob an dem Streik der Eisenbahner überwiegend Anhänger bürgerlicher Parteien beteiligt gewesen sind oder nicht. Entscheidend ist, daß es sich um eine Bewegung proletarischer Schichten handelte.

Die Eisenbahner, unter ihnen besonders auch die unteren und mittleren Beamten, sind, trotz ihrer Privilegien auf Grund der Beamtengesetze, wirtschaftlich proletarisiert worden. Sozial sind die Eisenbahner auf dem Wege zum klassenbewußten Proletariat. Es bleibt den Eisenbahnern, ob sie wollen oder nicht, nichts übrig, als gegen ihre wachsende Verelendung die Kampfmittel des klassenbewußten Proletariats anzuwenden. In Zukunft wird das immer wieder und immer deutlicher in die Erscheinung treten.

Zu den Aufgaben der Unabhängigen Sozialdemokratie gehört es, der Bewegung des Proletariats Inhalt und Richtung zu geben. Inhalt und Richtung im Sinn und Geist des revolutionären Sozialismus. Ich betone ausdrücklich, um Mißdeutungen vorzubeugen, daß ich nicht jener kommunistischen Taktik das Wort rede, die darauf hinausläuft, jedes Ringen proletarischer Schichten um Verbesserung ihrer Lebenshaltung zu einem Kampf um die Rätereypublik aufzupumpen. Mir kommt es darauf an, den proletarischen Schichten, die noch nicht zum Klassenbewußtsein erwacht sind, die sich einseitigen noch rein elementar gegen ihre fortschreitende Verelendung erhoben, die Erkenntnis von Ursachen und Wirkungen der Gegensätze innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft zu bringen und sie von der Notwendigkeit des planmäßigen Klassenkampfes zur Überwindung des Kapitalismus, für die Verwirklichung des Sozialismus zu überzeugen.

Die Unabhängige Sozialdemokratie wurde während der Bewegung der Eisenbahner in dem Augenblick auf den Plan gerufen, in dem die Regierung Wirth durch ihr Vorgehen gegen die streikenden Eisenbahner zugleich die Grundrechte des gesamten Proletariats bedrohte. Mit dem Koalitionsrecht würde das Proletariat seine wirkungsvollste Waffe in seinem Kampfe gegen die Verelendung verlieren. Die Befestigung des Achtstundentages würde eine Steigerung der Ausbeutung bedeuten bis zum Raubbau und bis zur Verwüstung des einzigen Guts der Beschäftigten, der Arbeitskraft. Gesänge es der Reaktion, einer proletarischen Schicht das Koalitionsrecht und den Achtstundentag zu nehmen, dann würde sie, ermuntert und gestärkt, darangehen, auch die übrigen Teile des Proletariats niederzuschlagen.

Im Reichstag trat die Regierung ebenfalls in der schärfsten Weise gegen die Eisenbahner auf; Wirth, Groener und Hermes. Die Scharfmachereien der Regierung veranlaßten die Reichstagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie, einen Antrag gegen die Erklärungen der Regierung Wirth einzubringen. Nach der Aussprache über die Erklärungen der Regierung, vor der Abstimmung über die zu diesen Erklärungen vorliegenden Anträge, brachten die Regierungsparteien — Rechtssozialisten, Zentrum, Demokraten —, veranlaßt durch eine Erklärung des Reichstanzlers Wirth, den Antrag ein: Der Reichstag billigt die Erklärungen der Regierung. Der Reichstag sollte also, nach dem Willen der Regierungsparteien, ausdrücklich die scharfmacherischen Erklärungen der Regierung Wirth gegen die Eisenbahner zu den seinigen machen, was auf eine Rechtfertigung und Unterstützung der Regierung gegen die Eisenbahner nicht nur, sondern gegen das gesamte Proletariat hinausgegangen wäre.

Die Reichstagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie hatte beschlossen, bei der Abstimmung über den Antrag der Regierungsparteien nicht Stimmenthaltung zu üben, sondern mit Nein zu stimmen. Würden die Regierungsparteien einen neuen Antrag einbringen, dann wollte unsere Fraktion dazu Stellung nehmen; und für ihre Entscheidung über einen neuen Antrag wäre es von Bedeutung gewesen, ob Sicherungen und Garantien gegen Massenmaßnahmen gegeben worden wären.

Die Versuche, dem Antrag der Regierungsparteien eine andere Formulierung zu geben, so daß den einzelnen Parteien des Reichstags die Möglichkeit gegeben würde, getrennt zu entscheiden über die Außenpolitik der Regierung Wirth und über ihr Vorgehen gegen die Eisenbahner, scheiterten. Ebenso die Versuche, Sicherungen und Garantien gegen Maßnahmen zu erlangen. In erster Linie lehnten es die Demokraten ab, den Antrag der Regierungsparteien zu ändern oder sonst irgendwelche Zugeständnisse an die sozialistischen Parteien zu machen. Das Zentrum trat den Demokraten bei. Die Rechtssozialisten fügten sich. Es blieb bei dem Antrag: Der Reichstag billigt die Erklärungen der Regierung.

Ein Erfolg der Reaktion

Der Petersdorfer Zwischenfall

EE. Paris, 17. Februar.

Die Kammer beschäftigte sich heute mit der Interpellation des Abg. Bouteille, der sich nach den Maßnahmen erkundigte, durch die die Regierung künstlich in Morde an französischen Soldaten in Oberschlesien verhilfen wolle. Der Interpellant erinnerte hierbei an den Petersdorfer Zwischenfall, bei dem französische Alpenjäger von bewaffneten Banden mit Handgranaten angegriffen worden waren und 2 der Angegriffenen getötet und 20 verwundet worden waren. Bouteille sieht hierin einen neuen Beweis für seine Behauptung, daß Deutschland weder materiell noch moralisch abgerufen habe.

Hierauf ergreift Ministerpräsident Poincaré zu der Interpellation Bouteille das Wort und führt dabei folgendes aus: Der verbrecherische Anschlag von Petersdorf sei nur eine Episode in der Geschichte der gegen die französischen Truppen bisher verübten Attentate in Oberschlesien. Es habe sich dabei, wie man vermuten müsse, um ein von Freiwilligen ausgeführtes Attentat gehandelt, die allerdings von der deutschen Großindustrie unterstützt würden. Der Ministerpräsident erinnerte hier an die verschiedenen, seit dem 8. Oktober vorigen Jahres auf die alliierten Truppen in Oberschlesien verübten Attentate, besonders an die Entdeckung von Waffenlagern in Ratibor, Posen, an anderen Orten, und so auch wieder in Petersdorf. Die deutschen Angreifer hätten hier die von den französischen Truppen beschlagnahmten Waffen wiederherlangen wollen und sich dabei zu dem schändlichen Attentat auf die französischen Alpenjäger verleiten lassen. General Le Rond habe sofort nach dem Attentat die notwendigen Abwehrmaßnahmen ergriffen und den Belagerungszustand verhängt. Von der Interalliierten Kommission, deren Präsident er sei, sei General Rollet sofort ersucht worden, an die Volschasterkonferenz umgehend zu berichten und diese zu ersuchen, bei der deutschen Reichsregierung wegen des Angriffes von Petersdorf Vorstellungen zu erheben. Auch der Volschaster Charles Laurent in Berlin sei mit einem gleichen Auftrage betraut worden. Die Reichsregierung habe zwar daraufhin eine Untersuchung eingeleitet, deren Ergebnis aber, wie sie selbst zugegeben habe, negativ sei. Die Interalliierte Kommission könne sich jedoch nicht mit dieser Feststellung begnügen; sie werde die Untersuchung fortsetzen, und wenn es sich dabei ergeben sollte, daß die Verantwortlichkeit der deutschen Regierung durch den Zwischenfall von Petersdorf berührt werde, werde auch die Volschasterkonferenz die notwendigen Sanktionen vorschlagen. (Lebhafte Beifälle.) Poincaré widmet hierauf den in Oberschlesien Geschehen einige erhebre Worte. Die Alpenjäger, die Opfer des Attentates waren, hätten ihr Leben für die Sicherung des künftigen Friedens gelassen.

Der Ministerpräsident schließt dann vor, die Tagesordnung Dignac anzunehmen, die der Regierung das Vertrauen auspricht. Diese Tagesordnung wird mit 585 Stimmen gegen keine Stimme angenommen, und die Kammer geht zur Beratung des Budgets über die von Deutschland zu deckenden Auslagen über, die bereits begonnen worden war.

Hier haben wir wieder einen offenkundigen Beweis für die schweren Schäden, die durch das Treiben der Freikorpsbanden in Oberschlesien und noch mehr durch ihre großindustriellen und nationalistischen Hintermänner der deutschen Politik zugefügt werden. Der Gedanke ist nicht von

der Hand zu weisen, daß es sich bei diesen Vorkommnissen um beabsichtigte Herausforderungen handelt, die die Linie der jetzt geführten Außenpolitik durchbrechen sollen. Die dann mit Sicherheit zu erwartenden Sanktionen und Zwangsmassnahmen sollen die nationalistische Hochspannung erzeugen, die sich die Herren Wirth und Hertig längst wünschen. Freilich haben die Deutschnationalen uns bis jetzt noch nicht gesagt, wie ihre Außenpolitik aussehen wird. Sie haben es bis jetzt auch immer ängstlich vermieden, sich auf die in Reden und Artikeln immer wieder angepriesene Bereitwilligkeit zu Opfern an Gut und Blut irgendwie festzulegen. Aber auch dieser offensichtliche Mangel an selbständigen außenpolitischen Zielen hindert sie nicht, in unverantwortlichster und geradezu verbrecherischer Weise Konflikte zu schüren, für die das gesamte Volk zu haften hat.

Wir können aber auch die Regierung nicht ganz freisprechen von der Mitschuld an diesen Dingen. Unabhängig ist an dieser Stelle auf die Tätigkeit der Freikorps hingewiesen worden. Zahlreiche kriminelle Vergehen wurden ihnen nachgewiesen. Nationalismus, Anarchismus und Antisemitismus feiern Triumphe in diesen Kreisen. Und doch hat die Regierung gezögert und gezögert, und nur der Ententeindruck hat es bewirkt, daß die Freikorps endlich aufgelöst wurden. Aber es ist der Regierung nicht möglich gewesen, sie aus Oberschlesien herauszubekommen. Gewiß kann sie für sich in Anspruch nehmen, daß ihr im Bereich der Interalliierten Kommission jegliche gefeseltete Gewalt fehlt. Aber es konnte und kann ihr nicht verborgen bleiben, daß aus dem übrigen Staatsgebiet Geldmittel und Ausrüstungsgegenstände an die Banden abgegangen sind. Und man kann wohl kaum annehmen, daß es der Regierung bei energischem Zugreifen nicht hätte gelingen müssen, die ganzen Verbindungslinien aufzudecken und abzuschneiden oder der Interalliierten Kommission ihre Ermittlungen zur Verfügung zu stellen.

So hat Poincaré leichtes Spiel. Die Tatsache, daß ihm Hünfeldstiel der Kammer das Vertrauen ausgesprochen, zeigt, wie verheerend solche Zwischenfälle, wie der von Petersdorf, auf die Vereinigung der deutsch-französischen Beziehungen wirken. Die wahrhaft Schuldigen sind nicht die verstoßenen Landsknechte der Freikorpsbanden, sondern die Aufputscher und Geldgeber, die in Berlin und anderswo sitzen und sich vergnügen die Hände reiben. Es ist die deutsche nationale Agitation, ihr blindwiltiger, zielloser Nationalismus, der dauernd Deutschland am Rande des Abgrundes hält.

Bei alledem möchten wir bezweifeln, daß die Sozialisten und Kommunisten Poincaré das Vertrauen ausgesprochen haben. Man wird die genauen Abstimmungsziffern abwarten müssen.

Deutschland zahlt weiter

H.E. Paris, 17. Februar.

Die deutsche Regierung hat heute morgen die Reparationskommission davon verständigt, daß sie die vierte Ratezahlung in Höhe von 21 Millionen Goldmark in ausländischen Devisen bei den von der Reparationskommission angegebenen Banken hinterlegt habe.

Danach mußte unsere Reichstagsfraktion, ihrem Beschluß gemäß, gegen den Antrag der Regierungsparteien stimmen.

Hinterdrein bemühen sich die Regierungsparteien, und allen voran aus beargwöhnlichen Gründen die Rechtssozialisten, ihrem Antrag den Charakter eines allgemeinen Vertrauensvotums zu geben. Dies Gebahren läuft auf eine politische Fälschung hinaus.

Wollten die Regierungsparteien ein allgemeines Vertrauensvotum haben, dann hätten sie in der deutschen Sprache sicher soviel Wörter gefunden, um das klar zu formulieren. Abgestimmt wird nur über das, was in einem Antrag tatsächlich gesagt wird, und das allein hat nur Geltung. Was sich irgend jemand zu einem Antrag hinzudenkt, das ist sein Privatvergnügen und absolut bedeutungslos für alle anderen. Die Versuche einer Umdeutung des sehr klar formulierten Antrages der Regierungsparteien in ein allgemeines Vertrauensvotum wird von den Rechtssozialisten betrieben, um die Arbeiter zu verwirren, um den Bankrott ihrer ganzen Koalitionspolitik zu verbergen.

Darum lächeln auch die Rechtssozialisten am lautesten über die „undernünftigen“ Unabhängigen, die die Regierung Wirth kürzen wollen, um für Stinnes die Bahn frei zu machen. Das tun dieselben Rechtssozialisten, die in Görlich die Bahn für Stinnes freigemacht haben. Was sagten die Rechtssozialisten in Görlich? Hermann Müller sprach: „Aber wir wollen nicht ein Gegenstück zur politischen Hege gegen Erzberger oder Scheidemann schaffen, indem wir Stinnes als den schwarzen Mann hinstellen.“ Und Severing meinte: „Was ist eigentlich der Unterschied zwischen Stinnes und Thyssen? Stinnes ist der

evangelische Mann und Thyssen der Zentrumskatholik.“ Und wie handelten die Rechtssozialisten nach Görlich? In Preußen bildeten sie mit der Stinnespartei eine Regierung und im Reich fanden sie sich mit der Stinnespartei zu einem arbeiterschädigenden Steuerkompromiß zusammen.

Die Forderungen und Rechte der Arbeiter wurden beim Steuerkompromiß und beim Eisenbahnerstreik von den Rechtssozialisten im Stich gelassen und von der Unabhängigen Sozialdemokratie allein vertreten. Der Regierung Wirth aber war es herzlich gleichgültig, was die Unabhängigen forderten. Offenbar, weil sie glaubte, um die Unabhängigen brauche sie sich nicht erst zu bemühen, die mühten ihr auch so kommen.

Ich bin nicht für einen politischen Rußhandel. Ich will nur sagen, daß eine sozialistische Partei ihre Stellung zur Regierung Wirth davon abhängig machen muß, ob die Regierung den Forderungen der Arbeiter Rechnung trägt und deren Rechte respektiert oder nicht. Ich will nur Tatsachen feststellen. Ich will nur Klarheit schaffen.

Und so frage ich: wo sind die Erfolge der britischen Innenpolitik für das Proletariat? Auf dem Gebiet der Verwaltung? In der Verwaltung sitzen die reaktionären und monarchistischen Elemente nach wie vor! Auf dem Gebiet der Justiz? Die Klassenjustiz tritt schamlos auf denn je! Auf dem Gebiet der öffentlichen Erziehung? Die Schule steht unter dem unheilvollen Einfluß des Zentrums und anderer reaktionärer Mächte! Auf dem Gebiet der Ernährung? Das Brot kostet schon 14 Mark und mehr, Kartoffeln sind knapp und unerschöpflich teuer! Auf dem Gebiet des Steuerwesens?

Die Steuerpolitik wird mit der Stinnespartei gemacht, d. h. Schonung der Besitzenden, Auspressung der Besitzlosen! Auf dem Gebiet der Sozialpolitik? Das Koalitionsrecht und der Achtstundentag sind gefährdet!

Innenpolitik und Außenpolitik lassen sich nun nicht so trennen, daß die eine völlig unabhängig von der anderen betrieben werden kann. Eine Außenpolitik, die innenpolitisch auf Kosten des Proletariats betrieben wird, ist in ihrer Wirkung nichts anderes als eine Politik der Sanktionen. Der Unterschied ist nur, daß diese Sanktionspolitik nicht von der Entente, sondern von den Kapitalisten Deutschlands gegen die Arbeiter Deutschlands betrieben wird.

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat nie erklärt, daß es ihre Aufgabe ist, die Regierung Wirth in jeder Situation und unter allen Umständen zu stützen und zu halten. Sie hat nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie jede Maßnahme der Regierung auf ihre Wirkung auf die Arbeiter prüfen und sich danach entscheiden wird. Jede arbeiter-schädigende Handlung der Regierung Wirth bedeutet einen Kriegsfall. Dieser Kriegsfall war für die Unabhängige Sozialdemokratie in der letzten Zeit zweimal gegeben. Einmal beim Steuerkompromiß und das andere Mal bei dem Vorgehen der Regierung gegen die Eisenbahner mit all seinen Folgen für das gesamte Proletariat.

Wäre die Regierung Wirth bei diesen Gelegenheiten zu Fall gekommen, dann nicht, weil die „unvernünftigen“ Unabhängigen aller staatsmännlichen Weisheit bar sind, sondern lediglich infolge der arbeiter-schädigenden Politik der Regierung. Die rechtssozialistische Koalitionspolitik hat sich längst als unfruchtbar erwiesen und hat Bankrott gemacht. Die Rechtssozialisten weichen in allen für das Proletariat bedeutsamen Fragen vor der wachsenden Macht der bürgerlichen Parteien zurück. Das Proletariat ist in seiner Sammlung, in seiner Machtentfaltung behindert, weil ein großer Teil des Proletariats durch die rechtssozialistische Koalitionspolitik gefesselt wird.

In Deutschland wäre heute das geschlossene Proletariat außerhalb der Regierungskoalition mächtiger, als es je werden kann durch Beteiligung eines Teils des Proletariats an der Koalition mit kapitalistischen Parteien. Die Koalitionsnebel würden weggeblasen und der gemeinsame Feind des Proletariats klar erkannt werden, die Kämpfe könnten zielbewußter und energischer geführt werden, bis zur Eroberung der Macht.

Der Abschluß des Friedensvertrages, die Außenpolitik der Beständigkeit und des Wiederaufbaues wurden nicht freiwillig von den bürgerlichen Parteien vorgenommen und angebahnt, nicht einmal die Rechtssozialisten wollten, daß der Friedensvertrag unterschrieben werden sollte. Friedensvertrag und Außenpolitik wurden von der Unabhängigen Sozialdemokratie erzwingen, obgleich sie nicht in der Regierung vertreten war. Daraus folgt, daß das Proletariat sich innen- und außenpolitisch in dem Maße Geltung zu verschaffen vermag, in dem es über die Macht verfügt. Ministerposten in einer Koalitionsregierung bringen dem Proletariat keinen Zuwachs an Macht, sondern spalten, verwirren, schwächen es.

Das Proletariat hat also nicht von der Unabhängigen Sozialdemokratie zu fordern, daß sie regelmäßig die Regierung Wirth heraushaut, sondern es hat von den Rechtssozialisten zu fordern, daß sie ihre verhängnisvolle Koalitionspolitik aufgeben und mit dem gesamten Proletariat den Klassenkampf aufnehmen.

Die nächste Krise

Wir haben an dem Tage, an dem das Kabinett Wirth seinen parlamentarischen Erfolg errungen hatte, sofort gesagt, daß damit eine Lösung der Krise keineswegs gegeben sei, bei den Steuerfragen werde die Entscheidung fallen. Die gleiche Ansicht äußert jetzt Scheidemann im „Vorwärts“. Die Regierung brauche für die Verabschiedung der Steuervorlagen entweder die Unterstützung der Deutschen Volkspartei oder die der Unabhängigen. Beiden Möglichkeiten steht Scheidemann mit starken Zweifeln gegenüber. So werde wohl nichts übrig bleiben als die Reichstagsauflösung.

In der Abendausgabe bringt dann der „Vorwärts“ einen Artikel eines Fachmannes über die Zwangsanleihe. Wir haben schon vor einiger Zeit darauf hingewiesen, daß wir der Durchführung einer solchen Anleihe mit größtem Mißtrauen gegenüber stehen. Namentlich wiesen wir darauf hin, daß das Finanzministerium alles daran setzen werde, um durch die Art der Veranlagung und das Tempo ihrer Einziehung aus der Zwangsanleihe eine sehr mögliche, namentlich den Sachbesitz schonende, über Jahre hinaus verteilte Steuer zu machen. Diese Angaben werden jetzt im „Vorwärts“ in folgenden beachtenswerten Ausführungen durchaus bestätigt:

„Im Reichsfinanzministerium scheint man sich nämlich mit der Absicht zu tragen, entweder die Veranlagung nach dem Reichsnotopfer überhaupt zu machen, oder aber die Einziehung zu vertagen, bis die neue Veranlagung der Vermögen nach der Reichsvermögenssteuer erfolgt ist. Praktisch bedeutet das bei der schonenden Art, mit der unsere Finanzämter vorgehen — nicht beim Lohnabzug, aber um so mehr gegenüber dem Besitz —, Vertagung auf den Sanktionsmerktag. Das werden wir auf keinen Fall dulden können. Vielmehr müssen wir verlangen, daß der am meisten leistungsfähige und am wenigsten stuchtsfähige Besitz, nämlich derjenige der Sachwerte, zur Tragung dieser Lasten nach der Erfassung der Notopferpflichtigen in erster Linie mitwirkt. Er hat sich bereit erklärt, selbst die Aufbringungsgrundstücke aufzustellen. Säumt er jetzt, so wird der Reichswirtschaftsrat zu beauftragen sein, schleunigst das Umlageverfahren auszuarbeiten. Die Einziehung bei diesen Leistungsfähigen der Wirtschaft wird dann wohl durchsetzbar sein.

Freilich, dazu bedarf es wohl auch einiger persönlicher Garantien. Die Volkspartei sucht sie in zwei Richtungen. Zunächst sollen nach ihrem Wunsch zwei Minister über die Ringe springen, von denen einer einst im Kabinett der Fachminister — man erinnert sich doch noch des Fehrenbachschen Fachministerkabinetts — unter draußendem Beifall der Rechten als unübertrefflicher Fachkenner hereingeholt wurde. Jetzt hat der Mann der Privatisierung der Verkehrsanstalten aus guten Gründen widersprochen, und nun heult der Chor: Kreuzigt ihn! Dann möchten sie gern auch im Wirtschaftsministerium „nichtsozialistische Politik“. Was ist doch der Gegensatz zu sozialistischer Politik? Kapitalistisch-plutaristische Politik. Noch haben sie keinen Papierfleck bezahlet, aber durch Sturz der Verantwortlichen, die doch einst auf ihrem Kabinett der Fachminister gedient — freilich nicht so lapi-

stastisch, wie manche es gern gesehen hätten — wollen sie die Goldmilliarde doppelt und dreifach wieder hereinholen: „Freie“ Kohlenpreise, „freie“ Eisenpreise, freie Ausfuhr mit entsprechender Kapitaldeckelung. Das sind die Ziele, die sie mit den seltsamen „persönlichen Garantien“ verfolgen.

Wir dagegen suchen die „persönlichen Garantien“ an anderer Stelle.

Die Zwangsanleihe kann nur im Reichsfinanzministerium durchgeführt werden. In diesem Ministerium herrscht restlos die Reaktion, und sie hat innen- und außenpolitisch die bedenklichsten „Erfolge“ gehabt. Verbleibt die Durchführung der Zwangsanleihe und ihre Verwaltung in den jetzigen Händen, so wandelt sich in ihnen der einzige Erfolg der Linken bei dem bitteren Steuerkompromiß vielleicht in Nichts, vielmehr ins Gegenteil. Dem muß vorgebeugt werden. Es wird Aufgabe unserer Genossen im Parlament sein, hier Vorkehrungen zu treffen. Es darf nicht sein, daß Zweck und Sinn der Zwangsanleihe durch ihre lässige Durchführung ebenso wirkungslos verpuffen wie andere Besitzsteuern, die durch die Rotenpresse auf die breite Masse abgewälzt wurden.“

Diese Ausführungen decken sich durchaus mit dem, was wir geschrieben haben. Die Diagnose ist richtig, und darin stimmen wir überein. Glauben aber die Rechtssozialisten, daß es möglich wäre, mit der Deutschen Volkspartei, also mit der Partei, die der Reaktion auch im Wirtschaftsministerium zur Herrschaft verhelfen will, die Reaktion im Finanzministerium beseitigen zu können? Und wenn das ausgeschlossen ist, wollen die Rechtssozialisten aus dem an sich schlechten Steuerkompromiß auch noch die Belastung des Besitzes herausbrechen lassen? Vor diese Entscheidung sind sie gestellt. Bisher hat die Regierung und haben sie selbst sich immer wieder um die Deutsche Volkspartei beworben. Die letzte Krise hat gezeigt, wie sie dabei gefahren sind. Auf die Dauer ist der Widerspruch zwischen einer auf die Unterstützung der Linken angewiesenen Außenpolitik und einer auf die Rechte eingestellten Innenpolitik unlösbar.

Die Vermögenssteuer Schutz der Spekulationsgewinnler

Nach wochenlanger Pause nahm am Freitag der Beststeuer-ausschuß des Reichstages seine Beratungen wieder auf. Sie begannen, was überaus charakteristisch ist, mit einem Vorstoß der Deutschen Volkspartei gegen die Erlassung der Spekulationsgewinne bei der Einkommensteuer. Dr. Beder führte Beschwerde, daß die Regierung in den Steuererklärungen genaue Angaben über die Gewinne beim Verkauf von Wertpapieren verlange. Er fand selbstverständlich damit die Unterföhrung Heilferrichs. Von der Regierung wurde erklärt, daß man genaue Angaben haben verlangen müsse. Der Sinn der genauen Fragestellung aber sei nur der der Gewissenssicherung. Da man eingesehen habe, daß die Fragestellung so eingehend sei, beachtliche man eine Presse-notiz herauszubringen, durch die der Sinn dieser Vorschriften erläutert werde. Abg. Herz (NSD) erhob Einspruch gegen diesen Rückzug der Regierung, der den Eindruck erwecken müsse, als wolle man die vom Gesetzgeber vorgeschriebene Erfassung der Spekulationsgewinne auf Umwegen verhindern.

In der weiteren Debatte wurde zunächst die Frage der Besteuerung von Schmudgegenständen und Sammlungen erörtert. Unter Ablehnung eines volksparteilichen Antrages wurde beschlossen, daß Schmudgegenstände als steuerbares Vermögen gelten, wenn ihr Anschaffungspreis 10 000 Mark und mehr betrage, Sammlungen, sofern sie nach dem 31. Juli 1914 angeschafft sind, wenn der Anschaffungspreis des einzelnen Gegenstandes mindestens 20 000 Mark oder für Sammlungen mindestens 200 000 Mark beträgt. Ein Antrag der Sozialdemokraten auf Streichung der ausdrücklichen Bestimmung über die steuerliche Befreiung der Rücklagen wurde vom Ausschuß angenommen, nachdem der Vertreter des Zentrums betont hatte, daß nach der Erklärung des Regierungsvortreters die erforderliche Berücksichtigung der Rücklagen erfolge.

Charakteristisch war in dieser Sitzung, daß die von der Rechten beantragte Verschlechterung des Gesetzes stets die Unterstützung der Demokraten fand.

Der Menschenjäger von Pehow Protestversammlung in Glindow

In dem malerisch am Glindower See gelegenen Krankenhaus liegt wieder ein Opfer der Raubritter von Raehne und kämpft mit dem Tode. Der 61jährige Arbeiter und Familienvater Karl Nietert aus Glindow liegt hier mit schwerem Lungenschuh darnieder. Sprechen kann der Kranke nicht. Der Arzt hat es ihm verboten, aber seine Augen sprühen Hoff, als er bemerkt, daß man von dem spricht, der ihn zur Strafe gebracht hat. Aus einem Armeerevolver kam dieses Mal die Kugel und dieses Mal war es zur Abwechslung der alte Raubritter von Raehne, der auf Menschenjäger ausgegangen war. Nicht in seinem Revolver hat er gesagt, er suchte sich das Menschenwild im Raubargebiet aus.

Wie sich der Vorgang abspielte, haben wir schon in unserer gestrigen Abendausgabe mitgeteilt. Der Vorgang ereignete sich bereits am Sonnabend voriger Woche. Bisher ist aber von der Staatsanwaltschaft nichts geschehen. Glindow selbst aber tut etwas aus sich selbst heraus. Die Erregung in dem sonst so friedlichen Ostböhmen ist ungeheuer. Im ganzen Ort sind Ankündigungen zu einer Protestversammlung am Sonntag erlassen, die vom Gewerkschaftskartell einberufen ist. Die Tagesordnung lautet: 1. Justizreform. 2. Die Einwohner von Pehow, Glindow und Umgegend gegen die Bedrohung der Bevölkerung. Die Versammlung findet im großen Saale von Alsbrecht in Glindow statt.

Als Herr von Raehne gestern nachmittag die Straßenblenung von Pehow passierte, nahm die Bevölkerung eine derart feindliche Haltung ein, so daß von Raehne gezwungen war, sein Gespann umzulenken.

Die Anzeige lautet gegen Nietert auf Fortdiebstahl und Widerstand gegen Herrn von Raehne wie üblich auf Körperverletzung.

Die bayerischen Hochverräter

Von Herrn August Abel, früherem Redakteur der „Deutschen Zeitung“, erhalten wir nachstehende Zuschrift:

„Bewachmend auf den Leitartikel der „Freiheit“ vom 17. Februar (Nr. 82) teile ich Ihnen mit, daß der Erste Staatsanwalt beim Landgericht München I mich gebeten hat, ihm am 24. und 25. d. M. wegen neuenschaftlicher Vernehmung betreffend Pittinger und Genossen wegen Hochverrats zur Verfügung zu stehen. Selbstverständlich werde ich dem Staatsanwalt mein gesamtes Material zur Verfügung stellen. Damit ist der Zweck meiner Anklagen gegen die bayerischen Hochverräter zunächst erreicht; meine weiteren eventuellen Veröffentlichungen in der Presse dürfen natürlich nicht dazu angetan sein, einer schwebenden Untersuchung vorzugreifen.“

Die Gelben und die Reichsgewerkschaft

Die Veröffentlichung des Briefes der Gelben an die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten in unserer gestrigen Morgenausgabe erregt Aufmerksamkeit in einem Teile der Presse, und wo das Schreiben unbeachtet bleibt, da ist auch das bezeichnend. Die gesamte reaktionäre Presse und — die „Rote Fahne“ — übergehen den Brief mit Stillschweigen.

Die demokratische Presse druckt den Brief ab und das „Berliner Tageblatt“ bemerkt dazu:

„Man vergegenwärtige sich das unerantwortliche Doppelspiel, das hier getrieben wird: in der Offenheit lobt die deutschnationale Presse gegen die Reichsregierung und ist gewillt, unmittelbar vor Genua das Kabinett zu stürzen, angeblich weil der Kanzler nicht schneidig genug den Streik unterdrückt, sich sogar mit den Streikenden zwecks Abbruch des Streiks in Verbindung gesetzt und ungenügende Straf- und Disziplinarmaßnahmen angewendet habe. Hinter den Kulissen treten dieselben Herren als Verteidiger der Beamten auf, die „nationale“ Presse soll die Beamten möglichst schonend behandeln, die Eisenbahnbeamten sind überwiegend „bürgerlich gesinnt“, und die wahre Schuld liegt nicht bei den Streikenden, sondern bei der Regierung und den Spitzenverbänden, die bekanntlich mit aller Entschiedenheit gegen den Streik aufgetreten sind. Die deutschnationale Reaktion hat uns allmählich an manches gewöhnt. Dies Dokument enthält denn aber doch einen Grad politischer Heuchelei und Berantwortungslosigkeit, der schwerlich überboten werden kann. Eine schöne Gesellschaft, mit der sich die Herren von der Deutschen Volkspartei und die Mehrheit der Unabhängigen Sozialdemokraten verbunden haben, um ohne Rücksicht auf innen- und außenpolitische Gefahren die Regierung zu Fall zu bringen und das Land in ein Chaos zu stürzen.“

Lehnlich äußert sich die „Rostische Zeitung“. Dieser Kennzeichnung der Politik der Rechtsgruppen können wir zu stimmen bis auf einen Punkt. Wir können nicht finden, daß es sich hier um ein Doppelspiel handelt. Die Fehle gegen die Streikenden und das spätere Einschwenken nach dem Vorschlag des gelben Nationalverbandes sind Teile einer und derselben Aktion, denn erst mußten die Eisenbahner durch Streik und Mahregulung zahn gemacht werden, bevor sie in das Lager der Reaktion geführt werden konnten.

Dieses trübe und für das Ansehen der Reichsgewerkschaft höchst nachteilige Bild wird trefflich ergänzt durch die sich mehrenden Behauptungen, der Streik selbst sei ebenfalls unter starkem Einfluß nationalistischer Kreise zustande gekommen. Der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ schreibt über den Eisenbahnerstreik folgendes:

„Hinter dieser Bewegung der Reichsgewerkschaft, die sozusagen nur den Auftakt zu jener großen Bewegung bedeutet, die von führenden Kreisen und Personen der deutschen Großkapitalisten schon im vergangenen Jahre im Monat März dieses Jahres angekündigt wurde, wo es sich zeigen werde, wer in Deutschland das Heft in die Hände bekomme, da freiden die Drahtzieher der Ludendorffer und der Stinnes-Deutel noch sind die Karten, die diesen Rechts-utisch verdecken sollen, nicht alle klar zu sehen. Die große Masse der deutschen Lokomotivführer und der sonstigen Mitglieder der Reichsgewerkschaft der deutschen Eisenbahner hat keine Ahnung davon, zu welchem Verrat an deutschen Werte sie mißbraucht werden sollten. Sie mögen aber einmal die in ihrer Reichsgewerkschaft befindlichen ehemaligen Offiziere etwas näher ins Auge fassen, da werden sie Beobachtungen machen können, die ihnen sofort die Augen öffnen werden. Hier in Leipzig sind in dieser Richtung schon ganz eigenartige Vorkommnisse zu verzeichnen. Noch liegen die Häden dieser Beziehungen hinter den Kulissen der Reichsgewerkschaft nicht klar genug zutage, und die bürgerliche Presse wird sich hüten, diese Fahrten zu verfolgen.“

Diese Aeußerung eines angesehenen Gewerkschaftsblattes erscheint uns doch beachtenswert. Ist es so, dann ist das Bild, zu dem der Brief des Nationalverbandes die ersten Striche gezeichnet hat, vollkommen. Wir haben während des Kampfes der Reichsgewerkschaft unsere Unterstützung zuteil werden lassen, aber nicht dieser Organisation, sondern den Streikenden zuliebe, zumal diese gleich bei dem Ausbruch des Kampfes von der Regierung in unerhörter Weise angegriffen worden sind. Unsere Sympathie gehört auch jener fern der um ihre Existenz ringenden Beamten. Die gesamte Arbeiter-schaft hat aus den gleichen Gründen wie wir mit den streikenden Eisenbahnern sympathisiert und einige Gruppen von Arbeitern haben sich sogar dem Streik angeschlossen. Dieser Zug der Solidarität darf nicht und soll nicht herabgesetzt werden. Aber nachdem nun diese Stimmen laut werden, wird die Arbeiterschaft doch genötigt sein, sich die Reichsgewerkschaft ein wenig genauer anzusehen und „diese Fahrten zu verfolgen“, die, wie der „Korrespondent“ schreibt, von der bürgerlichen Presse allerdings nicht verfolgt werden dürften.

Die Beratungen der Reichsgewerkschaft

Die Beratungen des Vorstandes der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten, der seit Donnerstag vormittag tagt, um neue Entscheidungen angesichts der Durchführung der Mahregulungen zu treffen, sind noch immer nicht beendet. Nachdem Freitag nacht um 1 Uhr die Verhandlungen abgebrochen wurden, da noch etwa 20 Redner auf der Liste standen, sind die Besprechungen gestern vormittag wieder aufgenommen und mit gleicher Schärfe fortgeführt worden.

Auf Grund des Verkaufs der Besprechungen wird erwartet, daß eine auf die Proklamierung eines neuen Streiks drängende Gruppe diesmal innerhalb des Vorstandes der Reichsgewerkschaft nicht die Oberhand gewinnen dürfte.

Gestern mittag hat sich eine Kommission aus Mitgliedern des erweiterten Vorstandes zum Reichskanzler begeben, um mit diesem erneut die Frage der Mahregulungen zu besprechen, da die Vorstandesberatungen ergeben haben, daß in der Beamten-schaft eine starke Erregung wegen der vom Reichs-verkehrsminister angeordneten Mahregulungen herrscht.

Keine Nachrichten

Die Druckpapierpreise für Februar. Die Verhandlungen über den Druckpapierpreis für Monat Februar sind einer Mitteilung des Reichswirtschaftsministeriums zufolge abgeschlossen. Trotz der erheblichen Erhöhung der Kohlenpreise und der Transportkosten hat sich im Einvernehmen mit der Zellstoff- und Druckpapierindustrie die Preissteigerung auf 30 Pfennig für das Kilogramm beschränken lassen.

Die Lohnfrage im Mitteldeutschen Braunkohlenbau. In der noch schwebenden Lohnfrage ist im Mitteldeutschen Braunkohlenbau konnte in einer Verhandlung die am 14. Februar unter Vorhild des Reichsarbeitministeriums in Halle stattfand, eine Einigung zwischen Arbeitgeberverband und Gewerkschaften erzielt werden.

Die neuen deutschen Konsularbehörden in den Vereinigten Staaten von Amerika, die Generalkonsulate in New York, Chicago, San Francisco und die Konsulate in St. Louis und New Orleans sind im Laufe des Monats Januar eröffnet worden.

Nachflänge zum Eisenbahnerstreik

Preussischer Landtag

Im preussischen Landtag kam gestern der Antrag der Unabhängigen Fraktion, gegen den Polizeipräsidenten Richter ein Verbot wegen seines Streikerlasses anzustellen, zur Verhandlung. In Verbindung damit stand ein Antrag der Kommunisten, der sich gegen die Maßregelungen aus Anlaß des Streikes richtet. Zur Begründung des unabhängigen Antrags sprach als erster Redner

Abg. Meier (U.S.P.):

Der Streik der Eisenbahnbeamten und -arbeiter hat den ruhigen Bürger aus seiner beschaulichen Ruhe aufgeschreckt. Nun ist ein Streik an sich nichts Außergewöhnliches. Das Merkmal dieses Streiks aber sind seine Begleitumstände. Er wurde ohne lange Vorbereitungen von der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner gegen die Reichsregierung eröffnet. Eine Organisation, deren Mitglieder zum größten Teil den Rechtsparteien nahe stehen. Es wird deshalb ein unfruchtbares Beginnen sein, diese Bewegung den linksstehenden Parteien an die Kackhöhe zu hängen. Wenn jemals eine Bewegung aus der Not der Zeit heraus geboren wurde, so viele. Die großen Unterschiede in der Besoldung zwischen den oberen und den unteren Beamten haben eine wachsende Erbitterung in den Beamtenkreisen geschaffen. Wir warnen die Staatsregierung! Auch bei den preussischen Staatsbeamten kann es bald zu einer Katastrophe kommen.

Die Ausnahmeordnung des Reichspräsidenten Ebert hat dann nicht nur in der Beamtenschaft, sondern mehr noch bei den Arbeitern eine große Erregung hervorgerufen. Sie wirkte wie der Elefant im Porzellanladen. Sie war verfassungswidrig, denn sie ist ein Angriff auf das durch die Verfassung gesicherte Koalitionsrecht. Sie richtet sich gegen das bedeutendste Grundrecht der Arbeiterschaft. Nach uns zugegangenen Mitteilungen wird jetzt in schamloser Weise gemordet. Die preussische Regierung muß durch ihre Vertreter im Reichstag dahin wirken, daß diese Maßregelungen wieder rückgängig gemacht werden.

Ein Wort über das umstrittene Streikrecht der Beamten. Wo steht geschrieben, daß der Beamte kein Streikrecht hat? Wenn die Verweigerung des Streikrechts der Beamten damit motiviert wird, daß es sich gegen die Allgemeinheit richtet, so antworten wir: noch ist der Staat nicht die Allgemeinheit.

er ist heute noch ein Klassenstaat

und als solcher der Schwächere persönlicher Interessen. In viel schärferer Weise wirken sich die vom Bürgertum proklamirten Koalitionen gegen die Allgemeinheit aus, wie beispielsweise der Streik der Bauern und die Pflanzstreiks der Landwirte. Der Beamte ist Arbeitnehmer wie jeder Arbeiter, nur daß er nicht dem Unternehmer, sondern dem Staat seine Arbeitskraft verkauft.

Man kann den Beamten das Streikrecht auch nicht mit dem Hinweis beschneiden, daß er gewisse Sonderrechte genießt. Diese Sonderstellung soll dazu dienen, ihm seine wichtigsten Lebensinteressen zu beschneiden. Die herrschende Klasse hat auch ein politisches Interesse daran, durch Sondervorteile die Beamten von der übrigen Arbeiterschaft zu trennen. Unsere Stellung zu den sogenannten wohlverdienten Rechten der Beamten ist gegeben. Sie können auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden und zwar im Interesse der Beamten selbst, die erst dadurch als gleichberechtigter Faktor zum Staat als Arbeitgeber in ein Verhältnis kommen, das sich dem der Arbeiter-

gewerkschaften anpaßt. Die Beamten werden nach und nach von selbst zu dieser Erkenntnis kommen, und sie werden nicht um den Preis gewisser Scheinvorteile in Zukunft ihre politische und wirtschaftliche Selbständigkeit verkaufen. Das Streikrecht ist immer ein integrierender Bestandteil des Koalitionsrechts der Beamten gewesen. Jahrzehntlang hat die deutsche Sozialdemokratie in diesem Sinne für die Koalitionsfreiheit der Beamten gekämpft. Das steht herooor aus den Handbüchern für Sozialdemokratische Landtagswähler aus den Jahren 1908 und 1913. Die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung hat übrigens in den Märztagen 1920 selbst einen Präzedenzfall geschaffen. Sie hat die Beamten- und Arbeiterkraft aufgerufen,

das gesamte Wirtschaftsleben lahmzulegen,

als Kapp mit klingendem Spiel in Berlin einzog und die Minister die Flucht ergreifen mußten. Was damals den Beamten recht war, muß heute für sie billig sein, wenn sie um die Erhaltung der nackten Existenz kämpfen. Hätten wir eine wirkliche Demokratie, so müßte Ebert vor dem Staatsgerichtshof angeklagt werden.

Ein ungeheuerliches Amispergehen stellt übrigens der Erlaß des Berliner Polizeipräsidenten dar, der die Verhaftung von Streikführern und Beschlagnahme von Streikgeldern anordnete. Wahrscheinlich ist derselbe über den Kopf des preussischen Innenministers zu Stande gekommen, als Ausfluß der reaktionären Groener-Kamarilla im Reichsministerium. Wir fordern deshalb die strafgerichtliche Verfolgung Richters wegen Amtsmissbrauch. Wir warnen die Regierung, die Technische Röhlfle weiter zu unterstützen. Dies müßte notwendigerweise zu einer maßlosen Erbitterung der Arbeiterschaft führen. Wehe der Regierung, die die Zeichen der Zeit nicht erkennt. (Lebhafte Beifall b. d. U. S. P. D.)

Knoth (R. P. D.) vertritt sich in längeren Ausführungen über den Erfolg der Tätigkeit der Technischen Röhlfle. Krüger (S. P. D.) nimmt in scharfer Weise gegen den Streik der Beamten Stellung, er sei nur unter gewissen Voraussetzungen anerkennen. Die Beamten der Reichsgewerkschaft haben mit ihrem Vorgehen der Sache der Beamten nicht gedient. Schant (Ztr.) tritt gegen das Streikrecht der Beamten auf.

Baecker (Dn.) weist jede Gemeinschaft der Deutschnationalen mit dem Streik zurück. Den Beamten kann nur kein Fall das Streikrecht gewährt werden. Das Reichsverkehrsministerium hätte die Pflicht gehabt, die Schutzpolizei mobil zu machen, damit sie im Falle eines Streiks sofort eingeleitet werden konnte.

Der Minister des Innern Seeger weist die Angriffe der Deutschnationalen zurück und glaubt, daß durch Erfüllung der Forderungen der Deutschnationalen genau das Gegenteil von dem eintreten würde, was erwünscht wäre. Der Streik der Beamten ist wohl in erster Linie mit auf die Tätigkeit der Deutschnationalen in der Presse und in Versammlungen, in der Herabsetzung der Staatsautorität zurückzuführen. Bereits am 29. Januar sind zwischen mir und dem Berliner Polizeipräsidenten Besprechungen abgehalten worden, um vorbedingte Maßnahmen zu treffen. Am 29. Januar haben die Regierungspräsidenten die Aufforderung zur Unterbindung der Eisenbahnbehörden erhalten. Am 30. Januar sind die Polizeibehörden auf die Notwendigkeit der Beschaffung der Bahnhofsanlagen und der Verhinderung von Sabotageakten hingewiesen worden. Die Einstellung der Technischen Röhlfle in den Berliner Betrieben ist auf Veranlassung des Ministeriums des Innern erfolgt, und es muß wiederholt betont werden, daß die Technische Röhlfle eine unentbehrliche Einrichtung ist. — Sonnabend: Fortsetzung der Debatte.

Die Förderung des Wohnungsbaus

Die Verhandlungen des Reichstages

In der gestrigen Sitzung des Reichstages beschäftigte zunächst ein Regierungsdirektor auf die Anfrage des Genossen Henke, daß tatsächliche Verhandlungen über die Unterbindung solcher Lebensversicherungsvereinigungen durch das Reich geführt seien, die durch die Währungsverhältnisse Schwierigkeiten erlitten haben. Die Verhandlungen seien allerdings noch nicht abgeschlossen. Die Sodann begann die Beratung der Abgabe der Förderung des Wohnungsbaus, in der die Erhöhung der Wohnungsabgaben von 10 auf 50 Prozent der Friedensmiete vorgesehen ist. Der deutchnationale Abg. Bazille bekämpfte den Entwurf, da er die Sozialisierung bezweckt und ausgesprochen revolutionäre Züge trage. Die Wohnungsnot sei die Folge des Wirtschaftens, der Tarifverträge und der verschlehten Löhnpolitik. Der Abg. Silberschmidt (S. P. D.) trat für den Gesetzesentwurf ein, trotzdem man mit einer Steigerung der Miete von mehr als 200 Prozent rechnen müßte. Das Reichsmietengesetz und dieses Abgabengesetz seien aber in Wirklichkeit ein Schutz der Mieter vor weitergehenden Lasten, die eintreten müßten, wenn man nichts gegen die Wohnungsnot tue. Der Redner brachte dann zahlreiche Beispiele für die Verwertung des Baues durch die Baustoffinduste und forderte, daß man Konkurrenzorganisationen, wie die sozialen Baubetriebe, tatkräftig fördere. Auch der Zentrumsredner Tremmel trat für die Vorlage ein und verteidigte die Bauarbeiter gegen den Vorwurf, daß ihre Leistungen durch den Wirtschaftsentgang zurückgegangen seien.

Für die Unabhängige Fraktion sprach der Abg. Kuhn: Die Wohnungsnot sei eine internationale Erscheinung. Sie sei begründet in der Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft. Die Bauwesen schaffen hohe Leistungen vollbracht. Nur sie bauen Kleinstwohnungen, denen muß deshalb tatkräftige Unterstützung gewährt werden. Ueber das Wohnungsabgabengesetz erklärte Kuhn: Das Wohnungsabgabengesetz ist letzten Endes doch nur Stückwerk. Trotz aller bisherigen Gesetze waren wir nicht imstande, die Wohnungsnot zu lindern, sie hat sich von Woche zu Woche verschärft. Das Reichsarbeitsministerium kann in seiner jetzigen Zwischstellung keine fruchtbringende Arbeit leisten: das eine Auge hält es gerichtet auf die Wände der Rechte, das andere auf die der Linken. Das Reichsarbeitsministerium muß sich für diejenigen Massnen, die bereit sind zu allen Taten. Das sind nicht nur die sozialistischen Parteien, das sind auch die Gewerkschaften. Auch die Mietervereine sind gewillt, mitzuwirken an der Durchführung des großen Gedankens der Gemeinwirtschaft. Ein Heraus aus der Wohnungsnot gibt es nur auf der Basis der Gemeinwirtschaft. Das Reichsarbeitsministerium bringt keine Kraft auf gegenüber dem

Wucher der Baustoff-Industriellen.

Alle diejenigen, denen es ernst damit ist, daß gebaut werden muß, müßten ihre Hand zu dem Versuch bieten, in freiem Wettbewerb gegen den Wucher der Baustoffindustrie anzukämpfen. Genau wie bei der Baustoffindustrie liegen die Verhältnisse im Baugewerbe. Es steht auf der niedrigsten Stufe volkswirtschaftlicher Entwicklung. 20 000 Baubetriebe beschäftigen nur zwei bis drei Arbeiter. Daran erkennen wir, daß nicht rationell gearbeitet wird. Hier ist ein Zusammenziehen der Arbeiter am Platze, dadurch wird sich eine moderne Zusammenarbeit ermöglichen lassen. Wir fordern Aufstellung eines großzügigen Bauprogramms und die Regelung der Verteilung der Bauaufträge. Ich spreche mich über die Haltung des Abg. Tremmel, die allerdings im Widerspruch steht mit dem seines Parteifreundes in der Kommission. Bei der Forderung der Rechten zeigt sich wieder, wie heilig ihnen das Kapital ist: nicht rühren an das Kapital, aber heran an die Lebensbedingungen, heran an die Menschen, ob sie auch reichlich und körperlich zugrunde gebracht werden.

Wir lassen nicht rütteln am Wirtschaftsentag.

es ist ein Stück Kulturzerrennungsschafft, und wir wollen alles daran setzen, daß die Arbeiter trotz der kapitalistischen Gegenmaßnahmen die Vorteile aus dem Wirtschaftsentag genießen. Wir müssen neue Wege einschlagen. Sechs Millionen Menschen in Deutschland haben kein eigenes Heim, 1 100 000 Wohnungen fehlen. (Hüßl brüll) Deswegen müssen wir bauen, schnell und viel bauen. Die

Kosten aber müssen aufgebracht werden von den wirtschaftlich Starken, von denen, die finanziell dazu imstande sind. Die Lasten dürfen nicht wie es in dem Gesetz vorgeesehen ist, abgewälzt werden auf die Armen, die heute schon in Speinkeln wohnen. Das nennen Sie (nach rechts) eine große soziale Tat. Meine Parteifreunde haben den Antrag eingereicht, der dahingehet, daß alle die, deren Einkommen 25 000 M. nicht übersteigt, von der Wohnungsabgabe befreit werden. Man hat mir gestern und heute, und das ist bezeichnend, nach Einbringung dieses Antrags von bürgerlicher Seite erklärt: Die Landwirtschaft wird Ihnen einen Lorbeerzweig widmen, weil Sie durch Ihren Antrag von der Wohnungsabgabe befreit wird. Wissen Sie denn nicht, daß Landwirte, im Besitze von 25-30 Morgen Land, noch keine 10 000 M. versteuern? Das ist ja

dieser große Schandfleck der deutschen Republik,

daß die Leistungsfähigen nicht zur Steuerzahlung herangezogen werden und alle Lasten abgewälzt werden auf die Ärmsten der Armen. Unsere Fraktion nimmt gegen das Gesetz, weil es unsozial ist. Im Reichswirtschaftsrat hat sich der Sozialdemokrat Um brecht bei der Verhandlung über die Vorlage folgendermaßen geäußert: „Meine Freunde stimmen zwar der Vorlage zu, aber die Zustimmung fällt uns schwer, weil eine Mietssteuer unter allen Umständen unsozial ist. Außerdem reichen ihre Ertragnisse niemals dazu aus, der Wohnungsnot abzuhelfen. Deshalb müssen Anleihen aufgenommen werden, und die Mietssteuer reicht allenfalls aus, die Zinsen dafür aufzubringen. Eine wirklich gesunde Möglichkeit zur Aufbringung der Mittel wäre, das ganze Wohnungswesen auf die Basis der Gemeinwirtschaft zu stellen.“ Das hat er gesagt, als nur 10 Prozent, und nicht, wie jetzt, 50 Prozent gefordert wurden. Dieses Gesetz ist unsozialer als das Einkommensteuerrecht. Die Arbeiter, Kriegsschädigten und Kleinrentner können diese Abgaben nicht aufbringen, es bleibt ihnen nichts weiter übrig, als dann den Gaschlauch an den Mund zu nehmen, wie man mir in zahlreichen Briefen berichtet hat. (Lebh. Beifall bei den U. S.)

Nach Ausführungen einiger weiterer Redner wird die Sitzung abgebrochen und auf heute vertagt.

Die Versorgung der Schupo

Die P. P. K. melden: Die endgültige gesetzliche Regelung der Versorgung der Schupo ergibt eine Verengung durch die Notwendigkeit eines Ausgleichs der Verhältnisse sämtlicher Länder des Reiches. Ein Reichsrahmengesetz soll in nächster Zeit als Grundlage der landesgesetzlichen Regelung des Reiches vorgelegt werden. Ein hierauf fußender preussischer Gesetzesentwurf ist nunmehr völlig fertiggestellt. Die äußere Rechtfertigung der Einstellungs- und Entlassungsverhältnisse bei Wehrmacht und Schupo, trotz Verschiedenheit in Aufbau und Tätigkeit, führte zu einer ähnlichen Versorgungsart. Daneben kommen die Vorschriften des Reichsverorgungsengesetzes zur Anwendung. Im Sinne der Versorgung sind alle Stellen der staatlichen und kommunalen Polizei lediglich für die Schupooffiziere vorbehalten. Für die schwierigen Verhältnisse der Wehrmännern werden diese für alle Auscheidenden, noch nicht ausreiden. Die politischen Bedürfnisse selbst werden aber schließlich die Verhältnisse bessern. Die öffentliche Sicherheit verlangt schon jetzt eine stärkere Ueberführung von älteren Beamten in den Einzeldienst. Die Zahl der zu festen Verbänden zusammengeschlossenen Beamten wird sich dadurch verringern, die Zahl der lebenslanglich amnestierten Beamten gleichzeitig vermehren, so daß später ein Ausschneiden aus dem Polizeidienst nicht mehr nötig sein wird.

Auf die neueste Regelung des gesamten Beamtensrechts kann die Schupo nicht warten. Sie muß in das bestehende Beamtensrecht einbezogen werden. So reagiert das kommende Schupooffiziersbeamtengesetz auch nur die Sonderbedürfnisse der Schupo, ohne der früheren Neuregelung des Gesamtsbeamtenrechts vorzugreifen. Diese kommt ihr dann von selbst zu.

Eine derartige Beschleunigung, auf den praktischen Bedürfnissen und Möglichkeiten beruhende Regelung ist beabsichtigt.

Kauft keine Kartoffeln!

Von einer Hausfrau

Kauft jetzt keine Kartoffeln; zahlt nicht die Schandpreise dafür!

Ja, Ihre lieben Mitausgegangenen, denkt einmal darüber nach! Müßten es denn durchaus Kartoffeln sein, die uns den Magen füllen? Ich sage, nein! Es geht ohne! Es ist nur Gewohnheit! Wir haben gewiß immer sehr reichlich Kartoffeln gegessen, jetzt wochenlang aber keine einzige gehabt, und es ging tadellos! Ich hatte manchmal, wenn ich für uns alle Schalen mühte — sieben Personen — fürchterliche Rücken- und Schalenbeschwerden. Das konnte ich jetzt verhindern! Und es geht nach meiner praktischen Erfahrung wirklich ohne Kartoffeln, denn besondere Nahrung hat die Kartoffel doch nicht, sie füllt uns bloß den Bauch. Mein Mann, der viel Kartoffeln aß, war sehr ärgerlich, als ich ihm keine vorsetzte, und so wird es vielen Hausfrauen ergangen sein. Doch als ich ihm z. B. Sonntags zum Schmorfleisch oder Fisch, ausgequollenen Reis vorsetzte, den er erst gar nicht kosten wollte, da jagte er: „Ja, das schmeckt wirklich gut!“ Und jetzt hat er sich daran gewöhnt. Und es ist noch etwas billiger gewesen, da es eher satt macht, als Kartoffeln, denn vom Reis brauchen wir nur eine Auflage, hingegen von Kartoffeln zwei. Es ist tatsächlich eine Mahlzeit mit Reiszugabe billiger, als mit Kartoffeln. Ein Pfund Reis (reichlich für fünf Personen) kostet 6,50 Mark. Wenn wir aber jetzt 20 bis 30 Mark für zehn Pfund Kartoffeln zahlen sollen, dann zeigt den Bucherern, daß es ohne sie geht! Beherrscht Eure Eier nach Kartoffeln! Die Reichen haben Reis nur 2-3 Kartoffeln so nebenbei zur Mahlzeit gegessen, und wenn wir auch deren Fleißgehens uns nicht leisten können, so können wir aber gewiß uns satt machen mit ausgequollenem Reis, oder Brühreis, Milchreis oder mit Rüben, Erbse, Bohnen, oder Mohrrüben mit grünen Erbsen gekocht und so vielerlei mehr. Zeigt den Bucherern, daß wir sie nicht brauchen. Sagt: Es muß nicht sein! Sie sollen ihre Kartoffeln verkaufen lassen, oder daran ersäuen! Es sind genug andere, wirkliche Nahrungsmittel da! Gerade jetzt, wenn die Kartoffeln so teuer sind, ohne Kartoffeln! Müßten wir schon das unwirtschaftliche teure Brot kaufen, so brauchen wir nicht noch die verbrecherisch hohen Preise für Kartoffeln zahlen!

Kauft sie nicht!

Bozottert die Volksausleger, solange es irgend geht!

Nur dann wird es besser werden!

M. B.

An unsere Postabonnenten!

Um jede Verzögerung in der Zustellung der „Freiheit“ an unsere Postbezieher für den Monat März 1922 zu vermeiden, bitten wir darum, das Abonnement sofort, spätestens aber bis zum 28. d. Mts. zu erneuern. Befestigung nimmt jedes Postamt und jeder Briefträger entgegen. Bei verspäteter Neuabbestellung sind Verzögerungen in der Zustellung unvermeidlich und übernimmt dann die Post keine Verantwortung.

Verlag der „Freiheit“ e. G. m. b. H.

Jugendweih

Am Sonntag, den 12., 19. und 26. März, finden die von der Arbeiter-Bildungsschule veranstalteten Jugendweihen im Großen Schauspielhaus statt. Den Eltern aller angemeldeten Kinder wird in diesen Tagen der Schein zugestellt. Es wird gebeten, die Mitteilungen genau zu beachten.

Der Vorbereitungsunterricht findet statt im Süden und Südosten: Schulaula, Wrangelstraße 128, Donnerstag nachmittags von 1/2-5 Uhr; Osten und Nordosten: Schulaula, Petersburger Straße 4, Dienstag nachmittags von 1/2-5 Uhr; Norden, 4. Verw.-Bez.: Schulaula, Pappelallee 41/42, Sonntag vormittags von 11-1 Uhr; Norden, 3. Verw.-Bez.: Schulaula, Müller, Ede Triftstraße, Mittwoch nachmittags von 1/2-5 Uhr; Moabit und Charlottenburg: Charlottenburg, Bismarckstraße 49, Sonntag vormittags 1/2-1 Uhr.

Der Unterricht beginnt überall in dieser Woche. Bei der Anmeldung ist der Jugendweihen-Schein mitzubringen.

Eintrittskarten zu den Jugendweihen für Erwachsene zu 5 M., für Kinder zu 2 M. sind zu haben in der Arbeiter-Bildungsschule in der Zeit von 2-5 Uhr nachmittags und in den Schulen, in denen der Vorbereitungsunterricht erteilt wird.

Streikwahnsinn als Massenmörder. Unter dieser Spitzmarke steht das Hermsdorfer Orisblatt, das an Schültern und reaktionärer Verheugung das Menschenmögliche leistet, seinen entsetzten Lesern zum letzten Gemeindefreistreik in ausführlichem Maß mit: „Dah durch die plötzliche Einstellung der Licht- und Wasserlieferung Berlins allein im Schwitzkastenhaus 64 Personen gestorben sind, teils dadurch, daß Operationen an ihnen infolge Erlöschens des Lichts (nachts 4 Uhr, Um. d. R.) nicht zu Ende geführt werden, andererseits sie infolge Wasser Mangels nicht aus der Starke erweckt werden konnten.“ — Offenbar hat die verderbende Wirkung des Streiks vor dem Denkvermögen des Redakteurs nicht haltgemacht. Wenn nun auch dieser den Hermsdorfern durch den Streik erwachsende Verlust nicht allzu sehr ins Gewicht fallen würde, so bleibt doch die Tatsache bebahnerlich, daß ein mit amtlicher Bekanngabekraft ausgestattetes Blatt es wagen darf, ausgerechnet in einem Verwaltungsbezirk mit sozialistischer Mehrheit derartigen boshaften Ansinn zu verbreiten.

Zweierlei Recht

Wer bekommt die Kinderzulage für uneheliche Kinder?

Unter der gleichen Ueberschrift brachten wir in Nr. 44 eine Einblendung des Zentralverbandes der Angestellten, die sich mit den Auslegungslinien des Demobilisierungskommissars beschäftigte. Das Streitobjekt bildeten die Kinderzulagen für die Angestellten in der Metallindustrie. Es wurde erklärt, daß für die unehelichen Kinder die Kinderzulagen nicht gewährt werden, weshalb diese unehelichen Kinder minderen Rechts gelten, eine Auffassung, die der Demobilisierungskommissar vertrat. Hingewiesen wurde auch darauf, daß Reich und Staat in bezug auf die Kinderzulagen keinen Unterschied zwischen ehelichen und unehelichen machen.

Wir sind vom Demobilisierungskommissar gebeten worden, Einsicht in die Akten zu nehmen, die in der strittigen Angelegenheit vorliegen. Wir stehen nicht an, zu erklären, daß die Stellungnahme des genannten Verbandes eine ganz falsche ist. Es handelt sich um folgendes: Die Kinderzulagen werden in der gleichen Höhe sowohl für eheliche wie für uneheliche Kinder gewährt. Die Streitfrage war nur, wer diese Zulage für die unehelichen Kinder bekommen soll: der Vater oder die Mutter. Bisher wurden die Zulagen für uneheliche Kinder für die Angestellten der Metallindustrie ausschließlich an die Mütter gezahlt. In einem Falle erhob nun ein Angestellter die Forderung, daß ihm diese Kinderzulage für ein uneheliches Kind ausgehändigt werden soll. Das wurde von der Firma abgelehnt und auch vor dem Schiedsgericht wurde der Antrag abgewiesen.

Es ist auch unrichtig, wenn erklärt wurde, daß im Reich und Staat die Zulagen für uneheliche Kinder in gleichem Maße gewährt werden. Nach einem Gutachten des Reichsarbeitsministers wird dies bestritten und ausgeführt, daß in dieser Frage die jeweilige tarifliche Abmachung gelten. Eine einheitliche Regelung existiert nicht.

Daraus ergibt sich folgendes: Bei allen tariflichen Abmachungen muß diese Frage genau festgelegt werden. Um zu verhindern, daß nach der einen oder anderen Seite Härten entstehen, ist es notwendig, tariflich auszusprechen, ob die Kinderzulagen für uneheliche Kinder der Vater, die Mutter oder

ingende Unterhaltberechtigte usw. bekommen soll. Damit wäre dann ein Streitpunkt aus der Welt geschafft. Alle Forderungen, die an die erste Notiz geknüpft wurden, sind demnach hinfällig.

Fabrikarbeiter! Bei der Firma Deutsche Legrit-Werke, Inhaber E. Lindström, Berlin, Krausstr. 52, ist ein Streik ausgedehnt. Der Betrieb ist gelähmt und von der gesamten Arbeiterchaft zu meiden. Arbeiter ist Solidarität! Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten. — Verband der Fabrikarbeiter.

Gebr. Siemens u. Co., Lichtenberg. Am Montag, den 20. d. M., früh 7 Uhr, Aufnahme der Arbeit in allen Abteilungen. Verbindungsblätter sind mitzubringen. — Der Betriebsrat.

Abgeschlossene Lohnbewegung der Bäcker. Ueber die Verhandlungen mit den Berliner Bäckermeistern wegen Lohn-erhöhungen der Arbeitnehmer in den Bäckereien berichtet eine in einer Versammlung der Bäcker am Donnerstag Genosse

Schumann. Nach wiederholten Verhandlungen bequemen sich die Bäckermeister zu Verständigungen, die für die einzelnen Gruppen zwischen 130 bis 150 M. pro Woche schwanken, so daß also Lohnhöhe zwischen 610 bis 630 M. pro Woche ab 20. Februar gezahlt werden sollen. Das Gehalt für Verkäuferinnen soll 1150 Mark pro Monat betragen. Nach kurzer Aussprache wurde dem Angebot zugestimmt. — Die Versammlung beschloß sich außerdem mit der Frage der Kündigung des Tarifes. Einstimmig wurde beschlossen, diesen Tarif am 25. d. M. bis zum 25. April zu kündigen.

Parteiveranstaltungen

Arbeitsgemeinschaft der U. S. P. D.-Ortsgruppen Oranienburgs und Umgegend.

Heute, Sonnabend, den 18. d. M., treffen sich die Genossen im Lokal von Sege, Oranienburg, Mühlentrasse, zur Agitation

auf dem Lande. Es ist Pflicht aller Genossen, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Sonnabend, 18. Februar

6. Verwaltungsbezirk (Kreuzberg). Abends 7 Uhr Versammlung der Stadt- und Bezirksvereine sowie der Ortsgruppe bei Schönerberg, Elte Jakobstr. 24.
4. Bezirk, Bildungsausschuss. Abends 8 Uhr Sitzung bei Meyer, Köpenicker Straße 7. Vortrag des Genossen Jakob Kuntz: Welche Folgen hat das Votum letzten aus der kommunalpolitischen Resolution genommen? Bitte willkommene Meinungsäußerungen. Abends 9 Uhr Versammlung der Frauenvereine, Altrentner, Witwen und Waisen im Lokal von Feder, Reichenstr. 106.
Grenzau. Die Grasplattler und die Betriebsrätenmitglieder haben jetzt Plakate und Handzettel in der am Dienstag stattfindenden öffentlichen Versammlung von Genossen Süd, Zeltstr. 2, abgeholt.

Unverlangt eingehende Manuskripte werden nur dann zurückgeschickt, wenn ein genügend frankiertes Original beigefügt ist. Das Gleiche gilt für Anfragen aus dem Vertriebs.

Verantwortlich für Text und Redaktion: Dr. Paul Herz, Charlottenburg; für Kommunalpolitik, Verkehr und Gewerkschaftliches: A. Daniel, Berlin; für den Parteipolitik und politische Mitteilungen: Ludwig Kometzner, Berlin. — Verlagsanstalt „Arbeit“, S. O. B., Berlin — Druck des Berliner Druckers G. m. b. H., Berlin E. 2, Breite Straße 54.

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne

7 1/2 Uhr: Ueber die Kraft (1. Teil)

Kenes Volkstheater

7 1/2 Uhr: Die Gezeiten
7 1/2 Uhr: Die Gezeiten
7 1/2 Uhr: Die Gezeiten

Staatstheater

7 1/2 Uhr: Madama Butterfly
7 1/2 Uhr: Madama Butterfly
7 1/2 Uhr: Madama Butterfly

Dr. Max Reinhardt

7 1/2 Uhr: Oskar u. Karoline
7 1/2 Uhr: Oskar u. Karoline
7 1/2 Uhr: Oskar u. Karoline

Kammerpiele

8 Uhr: Kismet
8 Uhr: Kismet
8 Uhr: Kismet

Großes Schauspielhaus

7 1/2 Uhr: Orpheus i. d. Unterwelt
7 1/2 Uhr: Orpheus i. d. Unterwelt
7 1/2 Uhr: Orpheus i. d. Unterwelt

Theater d. S.

7 1/2 Uhr: Die wunderlichen Geschichten
7 1/2 Uhr: Die wunderlichen Geschichten
7 1/2 Uhr: Die wunderlichen Geschichten

Komödienhaus:

Täglich 7.30 Uhr
Täglich 7.30 Uhr
Täglich 7.30 Uhr

Karussell

Maria Orska
Maria Orska
Maria Orska

Berliner Theater:

7 1/2 Uhr: Das große Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Das große Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Das große Schauspielhaus

Romische Oper

7 1/2, abends 7 1/2
7 1/2, abends 7 1/2
7 1/2, abends 7 1/2

Ziehung 22. - 28. Februar

Geld-Lotterie

des Deutschen Auslands-Instituts.

600.000 Lose, 25.000 Gewinne

Eine Million Mark

Hauptgewinne

1 500 000 M.

1 000 000 M.

500 000 M.

3 x 250 000 M.

Lose 6 Mark überall erhältlich

Porto und Liste M. 3.50 extra

10 Lose einschl. Porto u. Liste M. 65.50

Die Ausgabe erfolgt durch das Bankhaus

A. Molling

Berlin W 9, Lennéstraße 4.

Garderobe

auf bequemste Teilzahlung

bei billiger Preisberechnung

HERREN-DAMEN-

Anzüge, Cuiways, Paletots, Kostüme

Paletots, Uster, Röcke, Kleider

REGENMANTEL

BURSCHE-ANZUGE

Gute Ware! Große Auswahl!

M. Beiser, Lothringerstr. 67.

Die Sensation der diesjährigen Theaterspielzeit:

Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler

Phantastisches Melodram nach E. T. A. Hoffmanns Leben und Erzählungen in 3 Teilen (42 Bildern) von Carl Meinhard und Rudolf Bernauer, Musik mit teilweiser Benutzung von Motiven aus E. T. A. Hoffmanns Oper „Undine“ und Mozarts „Don Juan“ von E. N. von Reznicek

Regie: Carl Meinhard und Rudolf Bernauer

Hauptdarsteller:

Ludwig Hartau / Alfred Abel / Charlotte Schult / Paul Bildt
Frieda Richard / Robert Scholz / Robert Klupp / Ernst Dernburg
Paul Rehkopf / Hermann Picha / Heinz Alexander / Willy Appelt
Albert Spenger / Ernst Behmer u. a. m.

Täglich 7.30 Uhr im Theater i. d. Königgräßer Str.

Bei dieser Aufführung gelangt die von Carl Meinhard und Rudolf Bernauer erdachte technische Neuerung der Raumteilung und des beschleunigten Szenenwechsels zum ersten Male zur Anwendung - Bühnenbilder und Maschinerie: Swand Gada

42 künstlerische Bühnenbilder i. d. Zeit von 1, 8 Uhr bis gegen 10 Uhr:

- | | |
|---|---|
| Vorspiel: | |
| 1. Die Tafelrunde der Sarrasinsbrüder. | 15. Julius Zimmer. |
| 2. Loge i. Potsdamer Hoftheater. | 16. Die schwarze Messe. |
| 3. Kreislers Studienzimmer. | 17. Klosterakrost. |
| 4. Erziehung Donna Anna. | 18. Julius Zimmer. |
| 5. Theodora Zimmer. | 19. Wohnzimmer bei Familie Mark. |
| 6. Julius Zimmer. | 20. Julius Zimmer. |
| I. Teil: „Julius“ | |
| 7. Landschaft vor Hamburg. | 21. Saal im Hause des Reichs. |
| 8. Trauenschwüre (Ballett). | 22. Julius Zimmer. |
| 9. Szene am Baum. | 23. Theodora Zimmer. |
| 10. Vor dem Wohnhause d. Familie Mark. | 24. Saal im Schloss zu Dresden. |
| 11. Julius Zimmer. | 25. Die Neider Kreislers (Nachspiel). |
| 12. Theodora Zimmer. | 26. Theodora Zimmer. |
| 13. Julius Zimmer. | 27. Amtszimmer des Ministers. |
| 14. Wohnzimmer d. Familie Mark. | 28. Schloßpark. |
| 2. Teil: „Katharina“ | |
| 29. Kreisler bei der Arbeit (Nachspiel). | 30. Bühnenaufgang. |
| 3. Teil: „Donna Anna“ | |
| 31. Die Bühne des Hoftheaters zu Dresden (Opernaufführung). | 32. Bühnenaufgang. |
| J. Teil: „Donna Anna“ | |
| 33. Theodora Zimmer. | 34. Theodora Zimmer. |
| 35. Die Bühne des Hoftheaters in Potsdam (Opernaufführung). | 36. Theodora Zimmer. |
| 37. Die Bühne des Hoftheaters in Potsdam (Opernaufführung). | 38. Theodora Zimmer. |
| 38. Theodora Zimmer. | 39. In der Theaterloge Nr. 28. |
| 39. In der Theaterloge Nr. 28. | 40. Theodora Zimmer. |
| 40. Theodora Zimmer. | 41. Die Bühne des Hoftheaters in Potsdam (Opernaufführung). |
| 41. Die Bühne des Hoftheaters in Potsdam (Opernaufführung). | 42. Theodora Zimmer. |

Das Tagesgespräch von Berlin!

Großes Schauspielhaus An die Abonnenten!

Um sämtl. Abonnenten des *Drachens in der Unterwelt* zu ermöglichen, werden die Aufführungen von *Drachens in der Unterwelt* folgende Vorstellungen verlief:

- | | | | |
|-------------|-----------|---------------------------------|-------------|
| die für den | 28. März | vorgefehene Vorstellung auf den | 23. Februar |
| ... | 29. März | ... | 24. Februar |
| ... | 10. April | ... | 25. Februar |
| ... | 11. April | ... | 26. Februar |
| ... | 12. April | ... | 3. März |
| ... | 13. April | ... | 4. März |
| ... | 25. April | ... | 5. März |

Die am 29. Dezember 1921 ausgefallene Vorstellung wird am 22. Februar nachgeholt / Karten- und Umtausch nicht erforderlich.

Altmetalle

sehr hohe Preise. Oberberger Str. 1, Hof 5, Tel. 417

Wasser, Sanitär, Wanduhr, Wanduhr mit und ohne Rahmen, Wanduhr in der Fachhandlung, „Arbeit“, Reichenstr. 106

Möbel

wach zu billigen Preisen, Cap. u. Teilzahlung

bei künftiger Be- u. Abzahlung

Wohnungseinrichtung

Wohnzimmer / Schlafzimmer / Speisezimmer / Badezimmer

Bunte Küchen, Einzelne Möbel

Lieferung auch nach ausw. Lagerung kostenfrei

Möbel-Cohn

Str. Rannischer Str. 58, 5 Min. u. Alexanderstr., Telefon Wobler 47-48, 50 Lin. u. 501, Weidenbr.

Zeissfeldstecher

6. u. 8. und. hand. hand. Stockelmann, Berlin W 9, Potsdamer Str. 135 (Hauptstadt)

M. SCHULMEISTER

Koitsbuser Tor

Moderne, fertige Straßenanzüge

Herrenschlüpfer

Regenmäntel



Einsegnungsanzug

Einsegnungsanzug